

Sozialdemokratische Partei Lenzburg

SP für Budget 1991 mit Steuerfusserhöhung

SPL. In der Aula der HPS trafen sich die SP-Fraktion des Einwohnerrates und die Besucher der Parteiversammlung zur gemeinsamen Sitzung. Die Traktandenliste beinhaltete einige gewichtige Geschäfte des Einwohnerrates. Die ordentlichen und administrativen Traktanden konnten rasch behandelt werden. Einzig die Organisation der 1.-Mai-Feier gab zu reden, weil man für den gesamten Bezirk eine Lösung finden musste.

Neues Kanalisationsabgabenreglement dringend notwendig

Eine Grundsatzdiskussion über Umweltfragen bildete die Ausgangslage für die Beratung dieses Geschäftes. Im Vordergrund stand dabei das Verursacherprinzip. Es hat zur Folge, dass die Gebühren ihren sozialen Aspekt verlieren werden. Angezeigt ist in allen Gesellschaftsschichten das umweltgerechte Handeln. Dabei soll die Ausgestaltung der Gebührentarife das Umweltbewusstsein fördern und als Fernziel helfen, Abfall oder Abwasser zu verhindern. Der Kostendeckungsgrad von 80 Prozent als Kernelement wurde gutgeheissen. Die pauschale Behandlung der Grundstücke bis zu 1000 Quadratmeter entwässerter Fläche bot Anlass zu Kritik, weil der Anreiz zum Wassersparen verloren gehe. Dieser Schwachpunkt müsse bei der nächsten Revision ausgemerzt werden.

Budget 1991 mit Steuerfuss 110 Prozent

Zu reden gab die Steuerfusserhöhung um fünf Prozent für das nächste Jahr. Nochmals wurde dargelegt, dass wohl niemand gerne mehr Steuern bezahlt, dass jedoch auch niemand einen Leistungsabbau der öffentlichen Hand toleriert. Der neue Finanzplan zeigt deutlich, dass die Mehreinnahmen nicht einmal ausreichen, den Zinsendienst und einen Schuldenabbau zu bewältigen, lediglich ein langsames Anwachsen des Schuldenberges kann erreicht werden. Auch die Sicherstellung der städtischen Infrastruktur, wie zum Beispiel Schulen, Strassen, Sportanlagen usw., im gewohnten Rahmen ist damit gewährleistet. Eine Verbesserung der finanziellen Situation kann demnach nur über die Investitionen erreicht werden. Streng den Zielen des Finanzplanes folgend, müsste in den nächsten Jahren auf jegliche Investition verzichtet werden. Dies ist jedoch aufgrund der bereits beschlossenen und eingeleiteten Vorhaben nicht möglich. Darum erachtet die SP die massvolle Anpassung des Steuerertrages als vernünftig. Es wurde nochmals festgehalten, dass die SP sich im Einwohnerrat vehement gegen zu grosszügige Steuerreduktionen zur Wehr gesetzt hat und damit versuchte, die miserable Finanzlage der Stadt Lenzburg zu verhindern.

Versuch «Dingi» wohin?

Die durch eine Volksmotion ausgelöste Diskussion um das Drogenproblem im Strafvollzug fand auch bei der SP statt. Grundsätzlich ging aus der Aussprache hervor, dass Vorbeugen und Eingliederung in die Gesellschaft der Isolation vorzuziehen sind. Mit dem Verdrängen des Problems (oder Versetzen der Baracke auf die andere Seite) löst man die Probleme im Strafvollzug nicht. Der kontrollierte und intensiv begleitete Versuch für drei Jahre ohne Verlängerungsmöglichkeit lässt den Schluss zu, dass das grösstmögliche Mass an Ord-

nung und Sicherheit gewährleistet ist. In baulicher Hinsicht wurde in allen Punkten auf die Begehren der Anwohner eingegangen. Das Projekt ist zonenkonform, auch was die Immissionen anbetrifft. Raumplanerisch sind die Bedingungen für eine Umzonung nicht gegeben, entspricht doch die heutige Zonenordnung sowohl den Absichten der Ortsplanung als auch den Bedürfnissen der Strafanstalt. Dabei ist zu erwähnen, dass auf der Westseite der Strafanstalt die genau gleichen Bedenken angemeldet werden können wie am geplanten Standort, nur von anderen Leuten (oder vielleicht von den gleichen?), so dass sich eine Umzonung für drei Jahre erst recht nicht rechtfertigen lässt. Entweder will man ein «Dingi» auf Gemeindegebiet, oder man will es nicht. Das ist die ehrliche Frage. Dass sich stärker betroffene Mitbürger wehren, ist ihr gutes Recht. Das Mittel der Umzonung jedoch scheint zwielichtig.